

ALSAG-MERKBLATT 2010



Altlastensanierungsgesetz¹⁾

Das vorliegende Merkblatt soll dem Bauunternehmer einen Überblick über die aktuellen Vorgaben des Altlastensanierungsgesetzes hinsichtlich der Beitragspflichten geben. Das Merkblatt wurde mit der zuständigen Sektion des Lebensministeriums (BMLFUW) abgestimmt.

Betroffenheit des Bauunternehmens

Zum Zwecke der Finanzierung, der Sicherung und Sanierung von Altlasten sind beispielsweise:

- Deponieren von Abfällen,
- Verfüllen von Geländeunebenheiten oder Vornehmen von Geländeanpassungen mit Bauschutt oder nicht qualitätsgesicherten Recycling-Materialien,
- Exportieren von Abfällen zum Zwecke der Deponierung oder Verfüllung z. B. mit Bauschutt oder nicht qualitätsgesicherten Recycling-Materialien,
- Lagern von Abfällen über die Zwischenlagerfrist (zum Zwecke der Beseitigung über ein Jahr, zum Zwecke der Verwertung über drei Jahre)

einer Beitragspflicht (Altlastenbeitrag) unterworfen.²⁾

1) BGBl. I Nr. 299/1989, letzte Novellen: BGBl. I Nr. 71/2003, BGBl. I Nr. 136/2004, BGBl. I Nr. 24/2007, BGBl. I Nr. 40/2008, BGBl. I Nr. 52/2009

2) Weiters ist z. B. die Verbrennung von Abfällen beitragspflichtig.

Folgende baurelevante Inhalte sind zu beachten:

- Aufnahme der neuen Deponieklasse „Inertabfalldeponie“¹⁾
- Beitragsfreiheit für Böden mit höherem Baurestmassenanteil (Erdaushub) beim Einsatz auf Baustellen (im unbedingt erforderlichen Ausmaß) sowie bei Deponierung,
- Notwendigkeit eines Qualitätssicherungssystems²⁾ bei Verwertung von Baurestmassen (Baustoff-Recycling) zum Zwecke des beitragsfreien Einsatzes auf Baustellen,
- Aufzeichnungspflicht gemäß ALSAG für beitragsfreie Abfälle, wenn am Standort auch eine beitragspflichtige Tätigkeit durchgeführt wird bzw. Nachweis bei der Inanspruchnahme einer Ausnahme,
- Erdaushub mit mehr als 5 % Verunreinigung mit bodenfremden Bestandteilen darf nicht mehr auf Bodenaushubdeponien abgelagert werden.

1) Definition Inertabfälle laut Deponieverordnung 2008, BGBl II 39/2008

2) Im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems muss die gleichbleibende Umweltqualität der aufbereiteten Materialien durch kontinuierliche Untersuchungen gewährleistet werden (i. d. R. einschließlich Fremdüberwachung). Dies ist durch entsprechende Aufzeichnungen zu dokumentieren. Diese Anforderungen sind bei Vorhandensein des Gütezeichens für Recycling-Baustoffe i. d. R. erfüllt (siehe www.br.v.at > Gütezeichen).

Schwerpunkt Boden

Folgende Begriffe werden unterschieden:

Zu beachten:

Vermischungsverbot!

- **Erdaushub:** Der überwiegende Anteil muss Boden sein (mehr als 50 %), der Rest können bodenfremde Bestandteile sein, wie z. B. mineralische Baurestmassen, die aber schon vor der Aushubtätigkeit enthalten waren.
- **Bodenaushubmaterial:** im Wesentlichen natürlich gewachsener, nicht verunreinigter – auch umgelagerter – Boden, der durch Ausheben oder Abräumen anfällt. Unter anderem muss der Anteil der bodenfremden Bestandteile (z. B. Baurestmassen) unter 5 Vol.-% liegen und bereits vor dem Aushub im Boden oder Untergrund vorhanden sein.

Wer zahlt?

Im Regelfall ist der Beitrag vom Deponiebetreiber an das Zollamt abzuführen. Im Falle von Exporten, oder wenn der Bauunternehmer eine beitragspflichtige Verfüllung veranlasst, können auch Bauunternehmer und Auftraggeber zu Beitragsschuldern werden.

Beitragsschuldner sind:

Die Beitragsermittlung erfolgt durch den Beitragsschuldner!

- der Deponiebetreiber bzw.
- der Exporteur bzw.
- der Veranlasser (z. B.: Bauherr, Bauunternehmer) einer beitragspflichtigen Tätigkeit (z. B. bei einer Verfüllung); im Falle der Unkenntnis des Veranlassers ist der Beitragsschuldner derjenige, der die Tätigkeit duldet (z. B. der Grundbesitzer, der Bauer).

Der Beitragsschuldner hat Aufzeichnungen, getrennt nach Beitragsgrundlage, zu führen (sieben Jahre Aufbewahrungspflicht).

Altlastenbeitrag – Höhe, Art

Im Falle von Exporten, wenn der Bauunternehmer eine beitragspflichtige Verfüllung veranlasst oder bei Überschreiten der Zwischenlagerfristen kann die Baufirma zum Beitragsschuldner werden.

Auch das Verbrennen von Abfällen (7 Euro/t) und das Einbringen von Abfällen in einen Deponiekörper (z. B. für deponiebautechnische Zwecke) ist beitragspflichtig.

Die Altlastenbeiträge betragen je angefangener Tonne für

■ mineralische Baurestmassen (vgl. Anlage 2 der DepVO 2008)	8 Euro
■ Erdaushub (sofern nicht beitragsfrei, siehe Seite 4)	8 Euro
■ andere mineralische Abfälle (vgl. Anhang 1, Tabellen 5 und 6 der DepVO 2008)	8 Euro
■ übrige Abfälle	87 Euro

Werden Abfälle auf Deponien verbracht, entscheidet die Deponie(unter)klasse die Beitragshöhe:

■ Bodenaushubdeponie ¹⁾	8 Euro
■ Inertabfalldeponie ²⁾	8 Euro
■ Baurestmassendeponie ²⁾	8 Euro
■ Reststoffdeponie ²⁾	18 Euro
■ Massenabfalldeponie oder Deponie für gefährliche Abfälle ²⁾	26 Euro

1) Auf die Ausnahme für bestimmtes Bodenaushubmaterial wird hingewiesen.

2) Auf die Ausnahme für bestimmten Erdaushub und Bodenaushubmaterial wird hingewiesen.

Neue Deponieklasse
„Inertabfalldeponie“

Wann ist zu zahlen?

Der Altlastenbeitrag ist eine Selbstbemessungsabgabe.

Der selbst zu berechnende Beitrag ist jedenfalls nach Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die Tätigkeit/der Export stattfand, dem Zollamt des Betriebssitzes anzumelden und abzuführen (bis spätestens 15. des zweitfolgenden Monats).

Regelfall Deponie – Altlastenbeitrag enthalten

Grundsätzlich sind Baurestmassen einer Verwertung zuzuführen. Wenn dies nicht möglich ist, erfolgt die Entsorgung im Regelfall durch einen Entsorger im Auftrag der Baufirma bzw. des Bauherrn oder der Abfall wird in einer Deponie entsorgt. In diesem Fall wird der Deponiebetreiber den Altlastenbeitrag im Deponiepreis (bzw. der Entsorger im Entsorgungspreis) im Allgemeinen einrechnen. In vielen Fällen wird der Altlastenbeitrag dabei getrennt ausgewiesen. Aufgrund der sich möglicherweise verändernden Beitragsätze und -grundlagen wird empfohlen, auf die ausgewiesenen Altlastenbeiträge zu achten.

Beitragspflicht im Rahmen von (Bau-)Tätigkeiten

Beitragspflicht ist nur im Zusammenhang mit Abfällen im Sinne des AWG 2002 gegeben. Solange kein Abfall vorliegt (z. B. bei Weiterverwendung, keine Entledigungsabsicht), ist auch kein ALSAG abzuführen.

Jedenfalls beitragspflichtig sind:

- Verfüllungen und Geländeanpassungen mit Abfällen (z. B. Bauschutt, Betonabbruch), ausgenommen Bodenaushubmaterial;
- Fahrstraßen im Deponiekörper, Deponieabdeckungen mit Abfällen (z. B. Asphaltchollen, Bauschutt);
- das Ablagern von Abfällen („Deponieren“) auf Bodenaushub-, Inertabfall- und Baurestmassendeponien, ausgenommen bestimmtes Bodenaushubmaterial und Erdaushub;
- Bodenaushubmaterial oder Erdaushub, die den Kriterien der Baurestmassendeponie nicht entsprechen und auf einer Reststoff- oder Massenabfalldeponie abgelagert werden;
- das Lagern von Abfällen über die Zwischenlagerfrist (zum Zwecke der Beseitigung über ein Jahr, zum Zwecke der Verwertung über drei Jahre);
- Verbrennen von (Baustellenmisch-)Abfällen oder Bauholzabfällen;
- das Exportieren von Abfällen (z. B. Asphaltchollen, Hochbaurestmassen) zum Zwecke der Deponierung/Verfüllung/Verbrennung/Herstellung von Brennstoffprodukten.

ACHTUNG: Erdaushub oder Bodenaushubmaterial sind nur in bestimmten Fällen beitragsfrei!

NICHT beitragspflichtig sind:

- Bodenaushubmaterial,
 - wenn dieses zulässigerweise für das Verfüllen von Geländeunebenheiten oder Geländeanpassungen verwendet wird, oder
 - bei Ablagerung auf Bodenaushub-, Inertabfall- oder Baurestmassendeponien;
- Erdaushub,
 - wenn dieser zulässigerweise auf Baustellen¹⁾ im unbedingt erforderlichen Ausmaß verwendet wird, oder
 - bei Ablagerung auf Inertabfall- oder Baurestmassendeponien;
- mineralische, aufbereitete Baurestmassen,
 - deren gleichbleibende Qualität durch ein Qualitätssicherungssystem gewährleistet wird
 - und wenn diese zulässigerweise auf Baustellen¹⁾ im unbedingt erforderlichen Ausmaß verwendet werden;
- Material in dem Ausmaß, in dem dafür schon einmal ein Altlastenbeitrag entrichtet wurde;
- eine bis 2 m dicke Rekultivierungsschicht bei Deponien, Geländeanpassungen und Verfüllungen gemäß Anforderungen der Deponieverordnung 2008;
- Abfälle aus Katastrophenereignissen (z. B.: Verschlammung durch Hochwässer).

1) Verfüllungen mit Baurestmassen sind entsprechend dem Teilband des Bundesabfallwirtschaftsplans, Kapitel 3.19, nur in eingeschränktem Maß zulässig. Insbesondere können Baurestmassen **im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme** für das Verfüllen von Baugruben oder Künetten, für die Errichtung von Dämmen oder Unterbauten von Straßen, Gleisanlagen oder Fundamenten verwendet werden. Vor Beginn der Verfüllung sind die erforderlichen Genehmigungen für die Verfüllung und für die Baumaßnahme einzuholen bzw. die notwendigen Anzeigen zu erstatten.

Im Zweifelsfall kann auf Antrag des Beitragsschuldners (oder des Zollamtes) ein Feststellungsbescheid beantragt werden. **ACHTUNG:** Dieser Bescheid ist von der Behörde unverzüglich dem BMLFUW gemeinsam mit dem gesamten Akt zu übermitteln!



Beispiele

Anmerkung: Die nachfolgenden Beispiele sind zwecks leichter Lesbarkeit plakativ und kurz abgefasst. Spezielle Randparameter (z. B. Grundwasser, behördliche Auflagen) können jedoch andere Beurteilungen erforderlich machen, als sie in den Beispielen angeführt werden.

- **Bodenaushubmaterial, nicht verunreinigt; Einbau im Rahmen der Verfüllung einer Seitenentnahme:** *Keine Beitragspflicht, wenn der Bodenaushub dem Begriff „Bodenaushubmaterial“ entspricht und der Einbau zulässig ist (z. B. wasserrechtlich, naturschutz-, abfallwirtschaftsrechtlich etc.)*
- **Geringfügig verunreinigtes Bodenaushubmaterial wird auf eine geeignete Baurestmassendeponie gebracht:** *Beitragsfreiheit, da Erdaushub (Bodenaushubmaterial ist eine Teilmenge von Erdaushub) auf Inertabfall- und Baurestmassendeponien beitragsfrei abgelagert werden darf.*
- **Bodenaushubmaterial mit 3 % mineralischen Baurestmassen wird bis zu einem Jahr zwischengelagert und nach Fertigstellung einer Brücke einer zulässigen Deponierung zugeführt:** *Beitragsfrei, wenn „Bodenaushubmaterial“ im Sinne des ALSAG vorliegt. Wenn die Zwischenlagerzeit (im Falle der Deponierung ein Jahr für Abfälle nach ALSAG zulässig) überschritten wird, dann ergibt sich die Beitragspflicht aus dem „Lagern“.*
- **Aushub mit Fundamentresten (ca. 20 %) wird auf einer geeigneten Inertabfalldeponie abgelagert:** *Im Allgemeinen wird es sich dabei um „Erdaushub“ im Sinne des ALSAG handeln, welcher beitragsfrei – sofern gemäß Deponieverordnung zulässig (grundlegende Charakterisierung) – abgelagert werden darf.*
- **Betongranulat wird im unbedingt notwendigen Ausmaß für eine Deponiestraße im Deponiekörper eingebaut:** *Beitragspflicht.*

Fortsetzung S. 6



Fortsetzung der Beispiele

- **Gebrochene Betonrestmassen, kein Qualitätssicherungssystem, Einbau als Hinterfüllmaterial:** *Beitragspflicht, da keine Qualitätskontrolle erfolgt! Würde gütegeschütztes Recycling-Material nach den Richtlinien für Recycling-Baustoffe zulässigerweise eingebaut werden, wäre Beitragsfreiheit gegeben!*
- **Mineralische Hochbaurestmassen liegen vom Februar 2009 bis März 2011 auf einem Zwischenlager und werden anschließend aufbereitet:** *Beitragsfrei, da Zwischenlagerungen mit dem Ziel der Aufbereitung bis zu drei Jahre beitragsfrei sind.*
- **RM, Recycliertes Mischgranulat aus Asphalt, Beton und natürlichem Gestein, gütegeschützt, wird für die untere Tragschichte einer Landesstraße zulässigerweise im unbedingt erforderlichen Ausmaß verwendet:** *Beitragsfrei!*
- **Asphalt-Betonaufbruch wird zum Zwecke der Verfüllung einer Schottergrube nach Deutschland exportiert:** *Der Export ist beitragspflichtig! Ein Beitrag wäre auch in Österreich bei gleichartiger Verfüllung zu bezahlen.*
- **Ein Bauunternehmer kauft aufbereiteten Bauschutt aus Hochbaurestmassen um 4 Euro/t und baut diesen zulässigerweise als Künettenfüllmaterial ein:** *Kann der Verkäufer dem Bauunternehmer das Material unter Einhaltung eines Qualitätssicherungssystems (z. B. Gütezeichen für Recycling-Baustoffe) verkaufen, wird im Allgemeinen Beitragsfreiheit vorliegen, sofern Qualitäts-Recycling-Baustoffe im unbedingt notwendigen Ausmaß bei Bauvorhaben eingebaut werden. Kann dieser Nachweis nicht geführt werden, liegt Beitragspflicht vor.*

Weitere baurelevante Umweltinformationen finden Sie in unserer Broschüre „**Baurestmassen richtig entsorgen**“; Bezugsquelle: Service GmbH der WKÖ, Tel.: 05 90 900-5050, Fax: 05 90 900-236, e-Mail: mSERVICE@wko.at bzw. www.bau.or.at > Technik > Umwelt

